Wittgensteiner Zeitung

Die „Wittgensteiner Zeitung" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark / Postscheckkonto 404 49 Köln Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt"

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg. Familien- und Kleine Anzeigen .... 8 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. :-: Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif :-:

Nummer 110 | Fernsprecher Nr. 1 | Laasphe, Montag den 13. Mai 1929 | 54. Jahrgang

Neues vom Tage.

In Berlin wurde von Beamten der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums die „Rote Sturmfahne", ein Ersatzblatt für die verbotene „Rote Fahne" während des Druckes beschlagnahmt.

— Nach einer Zwischenberechnung des Eidgenössischen Statistischen Büros zählte die Schweiz Ende 1927 4 035 000 Einwohner; nach der letzten Volkszählung von 1920 betrug die Einwohnerzahl der Schweiz 3 086 000.

— Im Sitzungssaal des englischen Oberhauses wurde eine Tagung des Weltpostvereins mit einer Ansprache des Prinzen von Wales eröffnet. Die Verhandlungen werden vertraulich sein.

— Nach türkischen Pressemeldungen wird Mussolini im Juli dem Präsidenten der türkischen Republik, Kemal Pascha, einen Besuch abstatten. Die Zusammenkunft der beiden Staatsmänner soll in Konstantinopel stattfinden.

— Ein riesiger Waldbrand im Staate Guerrero (Mexiko) hat auf ein Dorf übergegriffen. 40 Schulkinder sind in den Flammen umgekommen. Außerdem haben 20 Erwachsene das Leben verloren. Das ganze Dorf ist niedergebrannt.

— Der wiedergewählte venezuelanische Präsident, General Gomez, hat gegenüber dem Kongreß an seiner Weigerung festgehalten, seinen Posten weiter zu behalten.

Polen liquidiert!

Unter den Willkürmaßnahmen, die die Friedensverträge in die früher geordneten Rechtsbeziehungen der Völker eingeführt haben, ist eine der schlimmsten und verwerflichsten das Recht zur Beschlagnahme und „Liquidation" des Privateigentums von Angehörigen der früheren Kriegsgegner gewesen. Milliarden-Beträge sind dadurch den einzelnen beteiligten Gruppen des deutschen Volkes und seiner Gesamtheit verloren gegangen; ungeheure Werte sind im Wege der Auktion von Grundstücken, Firmenrechten, Patenten, Warenzeichen, von überseeischen Siedlungen, in denen die Arbeit und die Ersparnisse von Jahrzehnten steckten, und nicht zuletzt von deutschen Schiffen und im Ausland ruhendem deutschen Kapital unnütz, oder vielmehr zum Vorteil privater Erwerber, verschleudert worden. Das allmählich wiederkehrende Rechtsbewußtsein und die Besorgnis um die üblen Folgen hat langsam und zu verschiedenen Zeitpunkten die Gesamtheit unserer ehemaligen Kriegsgegner zu der Erkenntnis geführt, daß dieses „Recht" ein ungeheuerlicher Bruch aller Gepflogenheiten und internationaler Rechtsauffassungen gewesen ist, und daß damit ein Ende gemacht werden muß. Aus dieser Empfindung heraus ist das amerikanische Freigabegesetz trotz aller Widerstände der Interessenten geschaffen worden; aus dieser Erkenntnis heraus haben fast alle anderen Staaten, nicht zuletzt auch Frankreich, auf Liquidationen verzichtet, wenigstens insoweit sie nicht bereits durchgeführt waren; nur in England, und zwar gegen den Widerstand eines beträchtlichen Teiles der öffentlichen Meinung, ist die Frage noch in der Schwebe.

Polen hat nicht zu unsern Kriegsgegnern gezählt, sondern verdankt seine Wiedererstehung der Initiative der Mittelmächte. Dennoch ist es durch Artikel 297 usw. des Versailler Vertrages ebenfalls berechtigt, die Liquidation deutschen privaten Eigentums vorzunehmen. Und es hat von diesem Recht zu einem früheren Zeitpunkt in rücksichtsloser Weise Gebrauch gemacht; in um so rücksichtsloserer Weise, als es sich hier um Deutsche handelt, die auf ihrem eigenen Grund und Boden saßen und durch die Friedensverträge zwangsweise in das polnische Gebiet und unter polnisches Recht überführt worden sind, also durch die Enteignung ihres Grundbesitzes aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden. Angesichts des Sturmes der öffentlichen Meinung und der seit Jahr und Tag schwebenden Bemühungen um einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen hat Polen aber in den letzten Jahren nur wenige, gewissermaßen zur Wahrung des Rechtsanspruchs dienende, Liquidationen vorgenommen. Jetzt auf einmal kündigt der polnische Staatsanzeiger die Liquidation einer ganzen Reihe größerer und kleinerer Objekte, in zwei Ausgaben allein 33 Liquidationsbeschlüsse und ein Verkaufsausgebot an. Im elften Nachkriegsjahr — nachdem fast alle anderen Mächte, auch soweit sie wirklich als Kriegsgegner Ansprüche gegen Deutschland haben, freiwillig auf dieses sittenwidrige und grausame „Recht" verzichtet haben! Man versteht jetzt, warum in Polen das korrekte Verhalten der Reichsregierung, der preußischen Regierung und der ganzen öffentlichen Meinung Deutschlands in dem bedauerlichen Oppelner Zwischenfall verschwiegen und warum aus diesem Einzelfall der Vorwand für eine ganz unglaubliche Deutschenhetze gemacht worden ist! Denn offensichtlich hat man diesen Zwischenfall zu einer Aufputschung der öffentlichen Meinung in Polen mißbrauchen wollen, um daraus einen Vorwand für die Erneuerung des groben Rechts- und Vertrauensbruches herzuleiten, als welchen sich jede Liquidation fremden Privateigentums, ganz besonders aber diejenige angestammten und ererbten deutschen Grundbesitzes in Polen für das Rechtsempfinden jedes anständigen Menschen jeder Nationalität kennzeichnet.

Polen wird sich dadurch, auch außerhalb Deutschlands und auch in den Ländern, die früher mit uns im Kriege gestanden haben, und es dennoch für richtig und notwendig hielten, auf dieses Racherecht zu verzichten, in seinem Ansehen und in seiner Beurteilung eine schwere Beeinträchtigung zuziehen. Es genügt nicht, wenn man bei jeder geeignet dekorativen Gelegenheit den Willen zum Frieden und zur Verständigung im Munde führt und mit der Tat dann die gegenteilige Gesinnung beweist. Und es ist die unvornehmste Art des politischen Kampfes, wenn jemand den Schwächeren, der in seine Hand gegeben ist, entgelten läßt, was er dem stärkeren Gegner antun möchte.

Ein Vierteljahr Konferenz.

Formale Einigung unter den Ententestaaten? — Die deutschen Vorbehalte kommen in den Schlußbericht. — Die französische Presse ist unzufrieden. — Londoner Stimmen. — Eine Rede Macdonalds.

Eine neue Wendung.

Die Pariser Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage ist am 11. Februar zusammengetreten. Sie konnte somit am Samstag das Jubiläum einer vierteljährigen Dauer feiern. Besonders freudig wird die Stimmung der Teilnehmer aus diesem Anlaß allerdings nicht gewesen sein, wenn es auch jetzt unter den Ententemächten zu einer formellen Einigung über die strittigen Fragen — nämlich die Verteilung der Beute! — gekommen zu sein scheint. Ueber diese neue Wendung wird aus Paris gemeldet: In einer Sitzung Owen Youngs mit den alliierten Sachverständigen hat Owen Young, der amerikanische Sachverständige und Vorsitzende der Konferenz, nach französischen Berichten über die in den letzten Tagen zwischen ihm und Dr. Schacht geführten Besprechungen Bericht erstattet. Die alliierten Sachverständigen sollen, der gleichen Quelle zufolge, hierbei beschlossen haben, den Engländer Stamp, der bekanntlich mit der Ausarbeitung des Schlußberichtes betraut ist, zu ersuchen, sich mit Dr. Schacht in Verbindung zu setzen, um die deutschen Vorbehalte in den Schlußbericht aufzunehmen.

Nach Beendigung der Redaktionsarbeiten — man nehme an, daß dies am Dienstag der Fall sein werde — würden die Sachverständigen der Gläubigerländer eine neue Sitzung abhalten, um über den Schlußbericht die Wünsche der einzelnen Delegationen und die deutschen Vorbehalte zu beraten.

Paris ist enttäuscht ...

Die französische Presse ist durch die neue Wendung in den Sachverständigenbesprechungen am Freitag nachmittag zum Teil arg enttäuscht. Im „Echo de Paris" heißt es, die neue Vereinbarung sei für die französischen Sachverständigen wenig glänzend. Dr. Schacht hat den Forderungen, seine Vorbehalte, von denen die Franzosen die Annahme des Youngschen Planes abhängig machten, schriftlich niederzulegen, widerstanden. Seine Hartnäckigkeit sei belohnt worden. Sir Josiah Stamp, der mit der Ausarbeitung des Schlußberichtes beauftragt sei, werde sich also nebenbei mit dem deutschen Reichsbankpräsidenten über die Sätze verständigen, die Dr. Schacht zur Umschreibung der deutschen Absichten anwenden wolle. Die französische Unterschrift dürfe unter keinen Text gesetzt werden, der selbst in gemilderter Form deutsche Vorschläge und keinen, von allen angenommenen Verteilungsplan enthält.

Sehr unzufrieden mit dem neuen Gang der Dinge ist das „Journal". An der ganzen Sachverständigenkonferenz gebe es nur eine ernste Seite, das sei die Schwäche der Gläubiger, die nicht wagten, die Amerikaner aufzufordern, sich nicht in Konzessionen zu mischen, an denen sie selbst nicht beteiligt seien.

... London optimistisch.

Die Londoner Presse beurteilt die Aussichten der Pariser Verhandlungen zuversichtlicher und erachtet es als feststehend, daß Owen Young seinen neuen Verteilungsplan praktisch bereits aufgegeben hat. Auch in der Frage der deutschen Vorbehalte wird eine sehr optimistische Ansicht vertreten. **In einem Pariser Bericht der „Times" heißt es, die Deutschen würden nur in einigen Punkten festbleiben und zwar in der Frage der möglichen Gewährung eines Moratoriums und in der Frage der Zahlungen an die kleineren Gläubiger. Der Führer der Arbeiterpartei und ehemalige Ministerpräsident Ramsey Macdonald erklärte in einer Rede in Duncaster, daß Großbritannien unter keinen Umständen in Paris neue Opfer übernehmen dürfe, es sei denn, daß es ausreichende Sicherheiten dafür erhalte, daß die Völker, die mit einem geringen Anteil nicht zufrieden sind, ihre Armut durch die Verminderung der Rüstungsausgaben bewiesen. Großbritannien werde die Politik einer übermäßigen Großzügigkeit gegenüber gewissen Staaten nicht länger durchführen.**

Von der deutschen Marine.

Die Flotte von der Spanienreise zurück.

Wie aus Wilhelmshaven gemeldet wird, ist die deutsche Flotte in der Nacht zum 11. Mai wieder auf der Reede der Jade eingetroffen und hat damit die Spanienreise beendet. Am Samstag schleusten die großen Linienschiffe „Schleswig-Holstein" und „Schlesien" ein, die Torpedoboote folgten, während die Schiffe der Ostseestreitkräfte vom Flottenchef nach ihrem Heimathafen Kiel beordert worden sind.

Der Eindruck, den die Flotte in Spanien gemacht hat, ist wie üblich gut gewesen. Für die neuen Torpedoboote „Wolf", „Möve", „Albatros", „Greif" und „Kondor" hat die Reise, die in erster Linie eine Ausbildungsfahrt mit vielen Uebungen war, erschwerte Bedingungen gebracht, die von den Booten gut erfüllt worden sind.

Deutsche Beschwerden in Moskau.

Wegen feindseliger Kundgebungen vor dem deutschen Generalkonsulat in Leningrad.

Wie aus Berlin berichtet wird, wird sich die deutsche Regierung abermals genötigt sehen, durch ihren Botschafter in Moskau bei der Sowjetregierung Vorstellungen zu erheben wegen feindseliger Kundgebungen, die am 8. Mai in Leningrad vor dem deutschen Generalkonsulat stattgefunden haben.

Die Demonstration sei eine Sympathiekundgebung für die kommunistischen Barrikadenkämpfe in Berlin gewesen und habe sich gegen die deutsche Regierung gerichtet. Sie sei mehrere Stunden vorher angekündigt gewesen, und es hätten sich an den Kundgebungen nicht nur Zivilisten, sondern auch Soldaten in Uniform, Matrosen und sogar Polizeimannschaften, die die Marschmusik gemacht hätten, beteiligt. In einzelnen Gruppen der Kundgebungen seien Fahnen vorangetragen worden und Bilder, auf denen Inschriften zu lesen gewesen seien, die Sympathieäußerungen für „das kämpfende Berliner Proletariat" andererseits Schmähungen gegen den Berliner Polizeipräsidenten enthalten hätten. Von den Kundgebern seien vor dem Generalkonsulat schmähende Aeußerungen gegen Mitglieder der deutschen Regierung gerufen worden. Man habe den Eindruck gewonnen, als ob die Sowjetbehörden dafür gesorgt hätten, daß die Kundgebungen nicht gestört würden. Der deutsche Generalkonsul in Leningrad habe bei dem Chef der Polizei Beschwerde erhoben.

Bekanntlich hat vor einigen Tagen der deutsche Botschafter in Moskau bereits einen diplomatischen Schritt wegen der Rede des Kriegskommissars Woroschilow und der Moskauer Kundgebungen gegen die Reichsminister unternommen. Die obige Meldung der „Vossischen Zeitung" konnte an Berliner zuständiger Stelle bisher noch nicht bestätigt werden.

Die „Prawda" und das Rotfrontverbot.

Wie aus Moskau gemeldet wird, beschäftigt sich die sowjetoffiziöse Zeitung „Prawda" in einem tArtikel mit der Auflösung des Roten Frontkämpferbundes in Deutschland. Das Blatt wendet sich vor allem gegen die Sozialdemokratie und erklärt, die Sozialdemokraten würden ebenso wie die deutsche öffentliche Meinung durch diese Maßnahme nichts gewinnen. Der Rote Frontkämpferbund werde trotz polizeilicher Auflösung weiterbestehen. Das Verbot sei nur der Sozialdemokratie zu verdanken, die unbedingt einen gefährlichen Konkurrenten von der politischen Bühne in Deutschland entfernen wollte.

Die deutschen Arbeiter würden es selbstverständlich verstehen, ihre Rechte vor den maßlosen Angriffen der deutschen Sozialdemokratie zu schützen. Das Blatt wendet sich dann gegen die preußische Polizeibehörde und veröffentlicht Entschließungen aus Arbeiterversammlungen, in denen die Polizisten als „Bluthunde" bezeichnet werden.

Das Attentat in Kowno.

Die Täter litauische Studenten.

Wie man weiß, ist auf den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras dieser Tage ein Revolveranschlag verübt worden. Woldemaras selbst blieb unverletzt, aber zwei seiner Begleiter — sein junger Neffe und sein Adjutant — fielen dem Attentat zum Opfer. Die Täter entkamen unerkannt; die Polizei hat inzwischen mehrere Verhaftungen vorgenommen. Nach Meldungen aus Kowno rechnet man bestimmt damit, unter den Festgenommenen einen der an dem Anschlag beteiligten Personen zu haben. In Frage kommt insbesondere ein Student namens Vosilius, den die litauische Polizei in der Nähe von Uthena festnehmen konnte.

Vosilius versuchte zunächst zu fliehen und warf eine Handgranate auf die ihn verfolgenden Beamten, die aber zu früh explodierte und den Studenten selbst schwer verletzte. Man fand bei Vosilius Patronen vor, die mit den Patronenhülsen, die man am Tatort gefunden hat, übereinstimmen. Vosilius gehört einer studentischen Verbindung namens Auschrininkai an, die politisch links steht. Sollte sich der gegen ihn gehegte Verdacht bestätigen, so würde gleichzeitig damit feststehen, daß der Anschlag aus dem eigenen Lande kommt und nicht, wie man zunächst annahm, aus dem Auslande. Im übrigen ist der Student Vosilius seit einiger Zeit aus politischen Gründen aus Kowno verbannt.

Neue Kämpfe in Mexiko.

Regierungstruppen gegen eine religiöse Sekte.

Nach Meldungen aus Mexiko ist es zwischen den Regierungstruppen und Anhängern der religiösen Gemeinschaft der Christeros in verschiedenen Teilen Mexikos zu heftigen Zusammenstößen gekommen. Im Staate Kalisco über-

fiel eine Regierungsabteilung eine Gruppe von Anhängern der Christeros.

Diese zogen sich nach siebenstündigem Kampf unter Hinterlassung von 40 Toten zurück, konnten sich aber später nach Mancanillo durchschlagen. General Calles wird nach Besprechung mit den Regierungstruppen die Leitung der militärischen Maßnahmen gegen die Christeros übernehmen.

Ein Amerikaner getötet. — Raubüberfall.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, ist der amerikanische Bergwerksingenieur Decken von mexikanischen Bergarbeitern im Staate Jalisco, als er ihnen Vorhaltungen machte, schwer mißhandelt worden. Nach einer späteren Meldung ist Decken seinen Verletzungen erlegen. Die Täter sind entkommen.

Zwischen Colima und Guadalajara wurde ein Personenzug von Räubern überfallen. Bevor die Räuber die Flucht ergriffen, töteten sie zwei Soldaten der Zugbegleitung.

Politische Tagesschau.

Die Sparkassen und die große Finanztransaktion des Reichs. Nachdem das Reichsfinanzministerium mit eingehenden Vorschlägen für die Konsolidierung des Kassenbedarfs herausgekommen ist, haben in den zunächst beteiligten Kreisen die Beratungen über die zu erwartenden Transaktionen eingesetzt. Von besonderer Bedeutung sind die Absichten des Reiches für die Sparkassen, die neben der Sozialversicherung in erster Linie dazu beitragen sollen, die siebenprozentigen Reichsbahnvorzugsaktien bezw. deren Zertifikate aufzunehmen. Wie gemeldet wird, findet der Plan des Reichsfinanzministeriums bei den Sparkassen eine günstige Aufnahme. Die Sparkassen stellen ihre Organisation dem Reiche angesichts seiner gegenwärtigen Kassenlage bereitwilligst zur Verfügung und glauben, daß der auf die Sparkassen entfallende Betrag an Reichsbahnvorzugsaktien von diesen vollständig untergebracht werden kann. Außer der Uebernahme der Reichsbahnvorzugsaktien dürfte auch eine Beteiligung an der neuen Reichsanleihe für die Sparkassen in Frage kommen.

Flaggenverordnung der preußischen Staatsregierung. Die Beflaggung der staatlichen und kommunalen Dienstgebäude sowie der Gebäude der öffentlichen Schulen erfolgt nach einem dem preußischen Staatsrat zugeleiteten Entwurf einer Verordnung über das öffentliche Flaggen in den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold und in den Landesfarben Schwarz-Weiß. Diese Gebäude sind am Verfassungstage ohne besondere Anordnung und aus besonderen Anlässen, die für das ganze Land oder einzelne seiner Teile von allgemeiner politischer Bedeutung sind, auf Anordnung des Staatsministeriums zu beflaggen. Aus örtlichen Anlässen von nicht politischer Bedeutung sind sie auf Anordnung der örtlich zuständigen Dienststellen zu beflaggen.

Die Tagesordnung für die Vollversammlung des Völkerbundes. Der Generalsekretär des Völkerbundes teilt mit, daß die Tagesordnung für die am 2. September beginnende ordentliche zehnte Tagung der Vollversammlung des Völkerbundes sämtlichen Regierungen übermittelt worden sei. Die Tagesordnung umfaßt nach dieser Mitteilung zunächst den jährlichen Bericht des Generalsekretärs des Völkerbundes über die Tätigkeit des Völkerbundes, ferner die Berichte der Kommissionen, sodann soll die Vollversammlung die Wahl der neuen nichtständigen Mitglieder des Völkerbundes und die Wahl zweier Ersatzrichter in den Internationalen Haager Gerichtshof vornehmen. In der Veröffentlichung sind jedoch bezeichnenderweise die Minderheitenfragen mit keinem Wort erwähnt.

*

(::) Der preußische Landtagsabgeordnete Gustav Voigt ist aus der Deutschnationalen Fraktion ausgetreten und hat sich der Wirtschaftspartei angeschlossen. Abg. Voigt ist seit 27 Jahren Präsident des Deutschen Handwerkerbundes. Seinen Austritt aus der Deutschnationalen Fraktion begründet er mit der Haltung zur Gewerbesteuer.

Jetzige und künftige Leistungsfähigkeit.

(Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)

Im Auslande hat man es der deutschen Delegation sehr übel genommen, daß sie als Vorbedingung für eine größere deutsche Reparationsleistung die Zuweisung von außereuropäischen Rohstoffgebieten verlangt habe. Man hat darauf hingewiesen, daß Kolonien (oder auch wirtschaftliche Konzessionen in fremden Kolonien) für eine Reihe von Jahren Geld verzehren, nicht aber Geld liefern. Wenn die Reparationsgläubiger Deutschland etwa ein Rohstoffvorkommen in Afrika zur Ausbeutung übertragen würden, so würde Deutschland mindestens 15 bis 20 Jahre lang Kapital aufwenden müssen, aber keine auch nur annähernd entsprechenden Einkünfte erzielen.

Es ist keine neue Weisheit, daß Kolonien zunächst mehr kosten, als sie einbringen. Die Schaffung von Verkehrswegen sowie die Auffindung und die Erschließung der Bodenschätze und der Bodenerzeugnisse erfordern Zeit und Geld. Deutschland hat damals seinen Kolonialbesitz mit ruhiger, zielbewußter Energie entwickelt. Der Segen dieser Arbeit blieb nicht aus. Vor dem Kriege waren wir so weit, daß sich bei unseren Kolonien Aufwendungen und Erträge etwa die Waage hielten. Es ist unsinnig, zu behaupten, wir hätten keinen materiellen Vorteil von unseren Kolonien, wen man sie uns gelassen hätte. Wenn man uns jetzt irgendwelche wenig aussichtsvollen Gebiete in wegelosem Lande gäbe, so würden wir allerdings für 15 oder 20 Jahre keinen materiellen Vorteil haben. Es gibt aber genug aussichtsvolle Gebiete in der Welt, die gar nicht oder doch nur ungenügend entwickelt werden, und die man uns überlassen könnte, ohne daß jemand anders davon einen Schaden hat. Wenn unsere früheren Gegner von uns so hohe Tribute haben wollen, dann müssen sie uns auch bei der Erfüllung der unentbehrlichen Voraussetzungen helfen.

Man hat unser Volk treffend ein „Volk ohne Raum" genannt. Das bezieht sich nicht nur auf das Territorium, sondern auch auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Versagt man uns den „Raum" unter Hinweis darauf, daß zugewiesener Raum während der nächsten Jahre keine Ueberschüsse liefert, so werden wir nie zu einer Besserung unserer Wirtschaftsmöglichkeiten und unserer Leistungsfähigkeit kommen. Mit dem gleichen Recht könnte man sagen, die Erziehung und Ausbildung eines Kindes lohne sich nicht, weil es zehn Jahre dauern werde, bis das Kind aus dieser Ausbildung praktischen Nutzen ziehen kann. Denkt man die Lage des deutschen Volkes richtig durch, so kommt man zu dem Ergebnis, daß es kaum eine wichtigere Aufgabe zu lösen gibt, als von unseren früheren Gegnern und heutigen Gläubigern eine entscheidende Besserung in unserem Territorium (für Aussiedlung überflüssiger Menschen) und in unseren allgemeinen Wirtschaftsmöglichkeiten zu fordern.

Die neue Deflation.

Eine Rede des Genossenschaftsanwalts Prof. Dr. Stein.

Der über 150 Genossenschaften umfassende Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am Mittelrhein hielt seinen 68. Verbandstag ab. Im Mittelpunkt des Interesses stand das Referat des Anwalts des Deutschen Genossenschaftsverbandes Prof. Dr. Stein (Berlin) über die genossenschaftliche Verantwortung. Einleitend wies Prof. Stein auf den gewaltigen Unterschied hin, der seit dem optimistischen Bericht des Reparationsagenten innerhalb der seitdem verflossenen vier Monate in unserer allgemeinen Lage eingetreten sei. Wir seien heute an der Mindestgrenze unserer Gold- und Devisendeckung angekommen. Wenn die 500-Millionen-Anleihe auch zustande komme, so sei ihre Wirkung auf den gesamten Rentenmarkt verhängnisvoll. Für Regierung und besonders das Parlament ergebe sich eine ungeheure Verantwortung. Es müsse unbedingt mit den Ausgaben Halt gemacht werden, auch den sozialen. Eine der wichtigsten sozialen Maßregeln sei die Erhaltung der Währung. Die Reichsbank muß jedem Verlangen der Regierung gegenüber nein sagen. Sie wird es auch gegenüber der Wirtschaft tun müssen. Im Laufe des Mai wird sie wahrscheinlich noch zu weiteren Krediteinschränkungen schreiten müssen. Wir stecken wieder mitten in der Deflation. Nichts dümmer, als in die Waren und Devisen zu flüchten. Zu diesem Zustand kommt der Konjunkturabschwung, der die Landwirtschaft und die weiterverarbeitenden Industrien und damit die Kreditgenossenschaften in eine Krise bringt. Auch wenn in Paris ein Vergleich zustande kommt, bringt er uns keine Entspannung. Wir müssen mit Ruhe den raschen Wechsel der Dinge, das Kennzeichen der heutigen Lage, an uns herankommen lassen.

Unter Anspielung auf den Frankfurter und andere Zusammenbrüche im Genossenschaftswesen wies dann Prof. Stein auf die ungeheuere Verantwortung der Genossenschaften hin. Das genossenschaftliche Geschäft sei schwerer als das private und das A.-G.-Geschäft zu führen. Engste Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat ist notwendig. Der Vorstand muß zur richtigen Zeit nein sagen können.

Der Aufsichtsrat muß von allen Vorgängen unterrichtet sein, mitwirken und doch nicht in die Geschäfte des Vorstandes hineinregieren. Unbedingte Klarheit über alle Geschäftsvorgänge. In der wesentlichsten Aufgabe, der Revision, müssen wir noch weitergehen. Den Anständen muß frühzeitig zu Leibe gegangen werden. Wir können und dürfen aber nicht rühren an der Verantwortlichkeit der einzelnen Genossenschaft. Verluste können wir nicht ausschließen, müssen sie aber mildern. Kategorischer Imperativ muß uns sein: Kein Kredit- und Warengeschäft eingehen, das man auch im Verlustfalle nicht mit dem Bewußtsein, Recht getan zu haben, rechtfertigen kann.

Aus Laasphe und Umgegend.

* **Laasphe,** 13. Mai. (Siebenbürgen-Abend.) Die Schulgruppe des V. D. A. an der hiesigen Aufbauschule veranstaltete am vergangenen Freitag im Saale des Westf. Hofes einen Siebenbürgen-Abend, der bei sehr zahlreichem Besuch einen schönen, allseits befriedigenden Verlauf nahm. Nach einem Vorspruch eines Schülers „Von Freiheit und Vaterland" von Ernst Moritz Arndt hieß Herr Studienrat Dr. Hoffmann, der Leiter der Schulgruppe des V.D.A., alle Anwesenden herzlich willkommen und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß, wie der starke Besuch beweise, die Bestrebungen des V.D.A. in unserer Stadt solch großen Anklang finden. Zum zehnten Male jähre sich heute der Tag, da in Versailles die Uebergabe der Bestimmungen des Friedensdiktates erfolgt sei, durch das blühende Länder von Deutschland gerissen wurden. Das von der Entente proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker sei uns Deutschen verwehrt und Millionen Volksgenossen Untertanen fremder Länder und ihren Unterdrückungsmaßnahmen ausgeliefert worden. Durch sog. „Agrarreformen" will man die Deutschen in der Tschechei, in Polen und Rumänien von ihrer Scholle vertreiben und dem Bettelstab ausliefern. Ueberall versucht man in fremden Ländern das Deutschtum zu vernichten. Die Auslandsdeutschen, die fest zu ihrem Deutschtum stehen, bedürfen in ihrem Abwehrkampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Unterstützung des Inlandes. Diese finden sie im Verein für das Deutschtum im Ausland, der 2 Millionen Mitglieder zählt. Aber er müßte noch viel mehr unterstützt werden. — Die Siebenbürger Sachsen, die vor 800 Jahren aus Deutschland ausgewandert sind und heute etwa 250 000 Seelen zählen, gehören seit Kriegsende zum größten Teile politisch zu Rumänien, das ihnen heute auch das Leben recht sauer macht. Aber wir können versichert sein, daß die Siebenbürger ihrem Deutschtum, ihrer Sprache und Sitte treu bleiben werden. Das Gemeinschaftsgefühl, das alle Deutschen verbindet, möge heute abend die Pflicht erkennen lassen, die wir gegen die Auslandsdeutschen haben, nämlich einzutreten in die Reihen des V.D.A., um an der Erhaltung und Stärkung ihres Deutschtums mitzuhelfen. — Nach Maria Kahles tiefempfundenem Gedicht „Siebenbürger Sachsen", das ein Schüler vortrug, erfolgte die Aufführung eines siebenbürgischen Schauspiels „Bauern" von E. W. Möller. Das Stück schilderte die Bedrängnis unserer Landsleute dort, aber auch ihren Trotz, ihren festen Sinn für Freiheit, Reinhaltung ihrer Art, und wurde von Schülern und Schülerinnen der Aufbauschule mit jugendlicher Begeisterung, teilweise blendend, gespielt. Durch warmen Beifall bezeugten die Anwesenden ihre Dankbarkeit. Mit dem gemeinsam gesungenen Deutschlandliede schloß der schöne Abend, der der hiesigen Ortsgruppe des V.D.A. hoffentlich neue Anhänger zuführen wird.

* **Laasphe,** 13. Mai. Die gestern im Westf. Hof abgehaltene ordentliche Jahreshauptversammlung des hiesigen Schützenvereins war — wohl infolge des schönen Maisonntages — nicht so gut besucht als diejenige früherer Jahre. Wie üblich, begrüßte der langjährige Vorsitzende des Vereins, Herr Schützenoberst Fischer die Erschienenen und warf sodann einen kurzen Rückblick auf das verflossene Vereinsjahr, das im wesentlichen einen ruhigen Verlauf genommen; besonders erfreulich sei die gehobene Finanzlage des Vereins, wie dies auch aus der sodann vom Herrn Rendanten Bergmann vorgetragenen Jahresrechnung hervorging. Die Vereinskasse schließt mit einem Bestand von 614 Mk. ab. Unter Dankesworten für die tadellose Rechnungsführung durch den Rendanten wurde demselben Entlastung erteilt. — Zu Rechnungsprüfern für die nächstjährige Rechnung wurden die Schützenbrüder Henk und Lauber gewählt. — Das diesjährige Schützenfest soll am 14. und 15. Juli gefeiert werden. Die Musikleistung wurde wiederum der bewährten Weifenbacher Kapelle übertragen. — Ein Antrag betr. Schießen der gestifteten Preise vor dem Schützenfest wurde dahin erledigt, daß dies Preisschießen nach dem Fest im Lahnbach stattfinden soll; die Festsetzung des betr. Tages wurde dem Vorstand überlassen. — Unter Punkt 7 „Entgegennahme von Anträgen" wurde nach vorhergehender lebhafter Aussprache beschlossen, sämtliche der Erneuerung bedürfenden Sitzgelegenheiten auf dem Schützenplatz nach und nach instand zu setzen. Mit einem Teil derselben soll noch in diesem Jahre begonnen werden. — Der letzte Punkt betraf die Vorstandswahl. Leider hat sich der verdienstvolle langjährige Vorsitzende, Herr Schützenoberst Fischer veranlaßt gesehen, infolge Altersbeschwerden sein Amt niederzulegen. Es muß daher die Wahl eines neuen Vorsitzenden erfolgen. Da sich in der Person des Nachfolgers Schwierigkeiten ergaben, wurde beschlossen, eine am Mittwoch dieser Woche stattfindende außerordentliche Generalversammlung anzuberaumen, wo die endgültige Wahl, auch der übrigen ausscheidenden Vorstandsmitglieder, erfolgen soll. Inzwischen wird eine Deputation des Vorstandes mit zwei für die Vorsitzenden-Wahl in Frage kommenden Persönlichkeiten Fühlung nehmen. Damit war die Tagesordnung erschöpft und die Mitglieder blieben noch einige Zeit in echt schützenbrüderlicher Stimmung vereint.

* **Laasphe,** 13. Mai. Die Obstblüte hat wieder begonnen und verwandelt für eine kurze Spanne Zeit unsere heimatliche Landschaft in einen Zaubergarten. Nichts fast vermag sich mit dem Bilde eines blühenden Obstgartens zu vergleichen oder mit demjenigen einer mit Obstbäumen bestandenen Landstraße. Da infolge der langen anhaltenden kühlen Witterung dieses Jahres und der Frostrückfälle zu Beginn des April die Obstblüte diesmal erheblich später eintritt als in anderen Jahren, so steht zu erhoffen, daß sie von Witterungsrückschlägen verschont bleiben möchte und uns eine gute Obsternte beschert.

† **Bernshausen,** 13. Mai. Ein der Fa. Engelhardt-Siegen gehörendes Lastauto kam beim Nehmen der Kurve vor der Brücke unseres Dorfes vom Wege ab und stürzte, das Brückengeländer mit sich reißend, den Abhang hinunter in den Wiesengrund. Eine mitfahrende Frau aus Banfe sowie ein anderer Mitfahrer wurden leicht verletzt. Der Fahrer blieb unversehrt. Langer, mühevoller Arbeit bedurfte es, um den schweren Wagen wieder auf den Fahrweg zu bringen.

Wettervorhersage für Dienstag: Meistens trocken und heiter, strichweise auch Regenfälle.

\# **Maienblüte.** Nur langsam entfaltet sich jetzt bei uns die Blütenpracht der Obstbäume. Unter dem Einfluß des wärmenden Sonnenscheins sind die Birnen- und Kirschenbäume erwacht und haben sich, da und dort schon verschwenderisch, mit dem weißen und rötlich schimmernden Blütenkleid umgetan. Wie zu einem Feste gerüstet steht der Blütenbaum da, gleichsam als ein Jubelruf inmitten der Landschaft. Und Düfte hauchen seine Blüten aus, süße liebliche Gerüche. Sie erfüllen die lachende Weite rundum, locken die Bienlein an und bezwingen den Sinn des Wanderers, auf daß er fröhlich werde und Gott für die Herrlichkeit des Maien danke. Ein Traum der Natur, steht der Blütenbaum da. Ringsum sind Sträucher und Blumen erblüht. Alles ist holdes Erblühen, in Duft und Helle getauchte natürliche Jugend. Alles ist Mai! Die kleinen Kinder spielen auf der Wiese und fassen sich an den Händchen und tanzen Ringel-Reihen um den blühenden Baum, singen mit hellen Stimmen Frühlingslieder und freuen sich der Maienpracht. Blüte der Natur und Menschenblüten gehören zusammen, und zusammen gehören Jugend und Mai.

\# **Kraftpostreisende sind gegen Unfälle versichert.** Die von einer Zeitungs-Korrespondenz gebrachte Nachricht, daß Kraftpostreisende im Falle ihrer körperlichen Beschädigung bei Unfällen keinen Anspruch auf Schadenersatz hätten, ist unrichtig. Die Ansprüche der Reisenden der ordentlichen Posten sind durch § 11 des Postgesetzes geregelt, und zwar im Gegensatz zu dem bei anderen Verkehrsmitteln geltenden bürgerlichen Recht insofern günstiger, als die Post für die im § 11 erwähnten Beträge schlechthin bis zur höheren Gewalt, also ohne ein Verschulden, haftet. Außerdem sind diese Reisenden ebenso wie die durch Sonderfahrten beförderten Personen ohne Zahlung besonderer Prämien durch eine Unfallversicherung bei einer leistungsfähigen Privatgesellschaft gegen Unfälle geschützt.

\# **Postverkehr zu Pfingsten.** Ohne Umschlag versandte gedruckte einfache Pfingstkarten, die hinsichtlich der Größe, Form und Papierstärke den Bestimmungen für Postkarten entsprechen müssen, kosten sowohl im Ortsbereich des Aufgabeortes, als auch im Fernverkehr 3 Pfg. Es dürfen in diesen Karten außer den sogenannten Absenderangaben (Absendungstag, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders) noch weitere fünf Wörter, die mit dem gedruckten Wortlaut im Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche zulässige Nachtragungen gelten z. B. die üblichen Zusätze „sendet", „Ihre", „Dein Freund", „sendet Dir", „sendet mit besten Grüßen Ihre" usw. Werden solche Postkarten im offenen Umschlag versandt, so kosten sie sowohl im Ortsbereich des Aufgabeortes als auch außerhalb 5 Pfg. Ungenügend freigemachte Sendungen werden mit Nachgebühr belastet. Zur Vermeidung von Anhäufungen und Verzögerungen empfiehlt es sich, die Pfingstpakete möglichst frühzeitig aufzuliefern, sie gut zu verpacken, die Anschrift haltbar zu befestigen und den Bestimmungsort unter näherer Bezeichnung seiner Lage besonders groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket soll die vollständige Anschrift des Absenders angegeben und in das Paket ein Doppel der Aufschrift gelegt werden. Auch die Päckchen sind recht haltbar zu verpacken und zu verschnüren, Hohlräume in ihnen mit Holzwolle usw. auszufüllen, damit die Endungen nicht eingedrückt werden können. Die deutliche Bezeichnung „Briefpäckchen" oder „Päckchen" darf nicht fehlen.

Erlangung des Armenrechtes.

Zur Erlangung des Armenrechtes muß man sich zuerst ein behördliches Armutszeugnis besorgen. Das Armutszeugnis stellen meist die Polizeiverwaltungen aus. In dem Armutszeugnis wird dem Betreffenden bescheinigt, daß er ohne Gefahr für seinen Unterhalt die Prozeßkosten nicht tragen kann. Die notwendigen Unterlagen (Bescheinigung über Einkommen u. ä.) sind dem Antrag beizufügen. Das Armutszeugnis ist von dem Antragsteller mit dem Gesuch um Bewilligung des Armenrechtes bei dem Gericht einzureichen, vor dem der Prozeß schwebt oder angängig gemacht werden soll. Da das Gesuch nur bewilligt wird, wenn der Prozeß begründete Aussicht auf Erfolg bietet, ist mit der Einreichung des Armenrechtsgesuches gleichzeitig der Prozeßstoff zu erörtern, unter Beifügung der notwendigen Beweismittel (Angabe von Zeugen, Verfügung von beweiserheblichen Urkunden u. a.).

Das Armenrechtgesuch kann bei den Gerichten schriftlich eingereicht werden, es kann aber auch in der Geschäftsstelle des Gerichts zu Protokoll des Urkundsbeamten erklärt werden. Schwierig gelagerte Fälle werden am besten zu Protokoll erklärt oder schriftlich nach Beratung durch eine der überall eingerichteten öffentlichen Rechtsberatungsstellen eingereicht. Das ist besser, um Unklarheiten zu vermeiden, die evtl. die Ablehnung des Armenrechtsgesuches nach sich ziehen könnten, weil aus einer eventuellen ungenauen Darstellung das Gericht nicht die Ueberzeugung gewinnen könnte, daß der Prozeß erfolgversprechend ist. Lehnt das Gericht das Gesuch ab, so kann dagegen Beschwerde erhoben werden und zwar schriftlich oder zu Protokoll der Urkundebeamten. Die Beschwerde ist bei dem Gericht anzubringen, das den ablehnenden Bescheid erteilt hat. Gegen ablehnende Beschlüsse der Oberlandesgerichte ist eine Beschwerde nicht mehr zulässig.

Turnen * Spiel * Sport

Fußball.

Feudingen 1. — Laasphe 1. 4 : 2.
Feudingen 2. — Laasphe 2. 3 : 2.
Gladenbach 1. — Wallau 1. 1 : 7 (0 : 3).
Berleburg 1. — Wallau 3. 3 : 3.
Wallau 1. Jgd. — Banfe 2. 2 : 1.
Wallau 2. Jgd. — Breidenstein 1. Jgd. 0 : 7.
Breidenstein 1. — Bottenhorn 1. 3 : 1.
Sp.V. Rittershausen 1. — Hesselbach 1. 3 : 4.
Sp.-V. Herbertshausen 1. — Hesselbach 1. Jgd. 0 : 2.

Aus Nah und Fern.

△ **Gießen.** (Eine Ehrung für Kirchheimer.) Vor einiger Zeit erregte es in ganz Deutschland Aufsehen, daß der Unterprimaner Kirchheimer, Sohn eines Generaloberarztes, ohne Prüfung und ohne Besuch der Oberprima das Reifezeugnis vom hessischen Ministerium für Kultus und Bildungswesen erhielt. Zur Förderung seiner wissenschaftlichen Arbeiten erhielt der junge Gelehrte nunmehr von einem Wetzlarer optischen Werk ein wertvolles Mikroskop zugesandt, womit ein langgehegter Wunsch Kirchheimers in Erfüllung ging.

△ **Gießen.** (Notlandung eines Flugzeuges.) Hier mußte ein Flugzeug der Raab-Katzenstein-Werke in Kassel infolge Motordefektes in der Nähe von Lollar auf einer an den Bahndamm der Main-Weser-Bahn angrenzenden Wiese eine Notlandung vornehmen. Um nicht gegen den hohen Bahndamm anzuprallen, mußte der Führer, ein Flugzeugschüler, eine scharfe Wendung machen, wobei sich das Flugzeug überschlug und am Propeller und den Tragflächen stark beschädigt wurde. Der Führer selbst blieb unverletzt. Das Flugzeug, das abmontiert wurde, befand sich auf dem Rückflug von Frankfurt a. M. nach Kassel, es überflog die hiesige Gegend in ziemlicher Höhe, als plötzlich der Motor vollkommen aussetzte.

△ **Gießen.** (Das Gleiberg-Jubiläum 1929.) Für das 50jährige Jubelfest des Gleiberg-Vereins sind die Vorbereitungen in vollem Gange. Am Vortage wird ein Festspiel von Direktor Schmehling, vom Schauspieler Gehre in Gießen inszeniert, im Stadttheater aufgeführt, das einen Einblick in die Geschichte der Burg Gleiberg bieten wird. Am Hauptfesttag, dem 30. Juni, werden volkstümliche Darbietungen und Aufzüge in historischen Kostümen vorgesehen, welch letztere vom Dramaturgen des Stadttheaters, Dr. Karl Ritter, bearbeitet sind. Für beide Festtage sind große Festbeleuchtungen der Burg geplant, die die bisherigen stets vorbildlichen Beleuchtungen bedeutend übertreffen.

△ **Frankfurt a. M.** (Jugendliche Autodiebe.) In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1929 wurden vier junge Leute im Alter von 16 Jahren beim Diebstahl eines Autos betroffen und festgenommen. Das Auto wurde vor einem Hause in der Beethovenstraße gestohlen und dem Eigentümer später wieder zugestellt. Die Täter gaben noch zwei weitere Autodiebstähle zu, u. a. den Diebstahl des Autos des Polizei-Präsidenten, Wiesbaden, welches in Gelnhausen wieder gefunden wurde.

** **Ehrenbreitstein.** (Rücksichtsloser Kraftwagenführer.) An einem Wegübergang ereignete sich im benachbarten Horchheim ein schwerer Unfall. Ein junges Ehepaar fuhr mit dem Kinderwagen die Straße entlang, als plötzlich ein Kraftwagen mit abgeblendetem Licht herrannahte und den Kinderwagen umriß. Das Kind wurde hierbei schwer verletzt. Der rücksichtslose Kraftwagenführer suchte in schneller Fahrt das Weite.

** **Küppersteg.** (Benzinexplosion beim Kleiderreinigen.) In den Notbaracken an der Heinrichstraße waren in einer Wohnung Kleider mit Benzin gereinigt worden. Hierbei hatten sich Dämpfe entwickelt, die offenbar durch den brennenden Ofen zur Explosion gebracht wurden. Durch die Flammen, die den ganzen Raum erfüllten, wurden die Eheleute Schäfer, drei ihrer Kinder, sowie eine weitere in der Wohnung anwesende Person schwer verletzt. Alle sechs Verletzten mußten in das Krankenhaus in Mülheim gebracht werden. Der Zustand dieser sechs Schwerverletzten wird als bedenklich bezeichnet. Von einigen Nachbarn, die zur Rettung der Schwerverletzten herbeieilten, erlitten vier weitere Personen Brandwunden leichterer Natur.

□ **Die Rettungsmedaille an einen Oberrealschüler.** Das badische Staatsministerium hat dem Oberrealschüler Alfred Schmitt in Mannheim-Neckarau, der unter eigener Lebensgefahr ein Mädchen vom Tode des Ertrinkens gerettet hatte, die badische Rettungsmedaille verliehen.

□ **Vom Blitz erschlagen.** Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Lübben wurden bei einem Ausflug nach dem Unterspreewald drei Personen von einem schweren Gewitter überrascht. Um sich gegen den starken Regen zu schützen, suchten sie Schutz unter einem Heuschober. Plötzlich schlug ein Blitz ein. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet, die dritte Person erlitt lebensgefährliche Verbrennungen.

□ **Ein „Wunderdoktor" verurteilt.** Der wiederholt wegen Betrugs vorbestrafte frühere Eisendreher Allmendinger inserierte in einem Kemptener Blatt, daß er als Heilkundiger alle Leiden mit sicherem Erfolg heilen könne. Darauf meldeten sich viele hundert Personen aus dem ganzen Allgäu. Allmendinger rieb seinen Patienten Salizylsäure, vermengt mit Alkohol und Pfefferminzöl mittels einer Wurzelbürste in die Haut ein. Für diese „Doktor-Eisenbart-Kur", nach der verschiedene Personen starben, erhielt der Schwindler Anzahlungen von 60 bis 200 Mark und verdiente nachweisbar im Monat rund 1000 Mark. Die Verhandlung gegen den Wunderdoktor gab ein erschütterndes Bild der Leichtgläubigkeit des Publikums. Das Gericht verurteilte Allmendinger wegen eines forgesetzten Verbrechens des Betruges im Rückfall zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

□ **Zeppelin-Verkehr über den Pacific?** Goodyear Zeppelin Co. unterbreitet der Regierung in Washington ein Flugprojekt, welches die Indienststellung zweier Riesenluftschiffe von sechseinhalb Millionen Kubikfuß für Passagier- und Postverkehr über den Pazifischen Ozean vorsieht. Den Bauplänen zufolge werden die Luftschiffe 60 bis 100 Passagiere und 10 000 bis 20 000 Postpfunde befördern und eine Schnelligkeit von 100 Meilen erzielen. Die Baukosten sollen 15 Dollarmillionen betragen. Das Projekt wird von zwei Großbanken in Wallstreet unterstützt.

Buntes Allerlei.

Benutzte Gelegenheit.

Ein Richter bemerkte bei der Vernehmung, daß ein Zeuge nicht gleich als meineidig verdächtigt werden dürfe, wenn er eine früher abgegebene Aussage berichtige.

„Ich kann Ihnen zum Beispiel persönlich folgenden Fall vor Augen führen", fügte er hinzu. „Als ich soeben in mein Büro kam, hätte ich darauf schwören können, daß ich meine Uhr in der Tasche habe. Als ich sie jedoch gleich darauf hervorholen wollte, um zu sehen wie spät es ist, fand ich, daß ich sie doch nicht bei mir hatte; und es fiel mir ein, daß ich sie zu Hause im Badezimmer zurückgelassen hatte."

Als der Richter mittags nach Hause kam, fragt ihn seine Frau: „Was war denn das eigentlich mit deiner Uhr? Weshalb schickteſt du vier- oder fünfmal hierher, sie zu holen?"

„Lieber Himmel," rief der Richter erschrocken aus, „ich habe doch garnicht. Und was hast du getan?"

„Ich gab sie dem ersten mit, der kam. Er wußte auch ganz genau, wo sie lag."

Reisende.

Ramsauer ist ein Reisender.
In Rettichsamen.
Ramsauer bereist den Bezirk Dresden.
Bis hinauf ins Erzgebirge. Bis hinauf in die Lausitz. Bis hinauf in das Meißner Hochland.
„In einer Sache kenne ich mich bei Ihnen nicht aus", fragt ihn eines Tages auf der Bahn ein Kollege, „einmal fahren Sie dritter Klasse und einmal zweiter. Hängt das bei Ihnen mit dem Geschäft zusammen?"
„Natürlich!"
„Aha! Wenn Sie gut verkauft haben, fahren Sie zweiter?"
„Umgekehrt. Grade umgekehrt. Wenn ich gut verkauft habe, freue ich mich und fahre dritter Klasse, damit sich die Konkurrenz auch freut, indem sie glaubt, ich habe nichts verkauft. Wenn ich aber nichts verkauft habe, und mich ärgere, dann fahre ich zweiter, damit sich die Konkurrenz auch ärgert, indem sie annimmt, daß ich heute gut verkauft habe."

Weshalb eine Aebtissin zur Herzogin ernannt wurde.

Folgende seltsam annutende Notiz aus dem Jahre 1738 finden wir in E. Bichners Werk Anno Dazumal in der Deutschen Buchgemeinschaft, das versucht, eine Kulturgeschichte in zeitgenössischen Dokumenten und Anekdoten darzustellen.

Paris, vom 4. May. Se. Allerchristl. Maj. haben die Aebtissin von Fontrevault, aus dem Hause von Rochechouart, zur Hertzogin erklärt; damit sie sich in Gegenwart derer vier jüngsten königlichen Printzessinen, welche einige Zeit unter ihrer Aufsicht leben sollen, niedersetzen darf.

Neueste Nachrichten.

Die Antwort der Sowjetregierung auf den deutschen diplomatischen Einspruch.

Berlin, 12. Mai. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die russische Regierung dem deutschen Botschafter in Moskau mitgeteilt, daß der Kriegskommissar Woroschilow, wie er erklärt habe, mit seiner Rede keine Einmischung in die deutschen Verhältnisse beabsichtigt habe. Die russische Regierung habe hinzugefügt, daß der authentische Wortlaut der Rede, so wie er in der in- und ausländischen Presse erschienen sei, auch keine Wendungen enthalte, die eine Einmischung in deutsche Belange bedeuteten. Bezüglich der Panzerkreuzerangelegenheit stehe die Sowjetregierung auf dem Standpunkt, daß die Verhöhnungen der deutschen Hoheitszeichen auch bei Massenkundgebungen nicht zugelassen werden.

Wird Norwegen aus dem Völkerbund austreten?

Oslo, 12. Mai. **Die norwegische Arbeiterpartei, die größte Partei im Storthing, hat den Antrag gestellt, daß Norwegen aus dem Völkerbund austritt.**

Die Eisenbahnergewerkschaften rufen den Schlichter an.

Berlin, 12. Mai. **Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, sind die Eisenbahnerorganisationen in ihren Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, daß vor Ausrufung eines Eisenbahnerstreiks der Anregung der Reichsregierung und der Spitzenorganisationen nachgekommen und der Reichsarbeitsminister um die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ersucht werden soll. Die Eisenbahnerverbände knüpfen an diesen Beschluß die bestimmte Erwartung, daß der Ausgang des Schlichtungsverfahrens den Forderungen der Organisationen Rechnung tragen möge. Wann der Reichsarbeitsminister Verhandlungen für das Schlichtungsverfahren anberaumen wird, steht zur Zeit nicht fest.**

Schwere Chlorgasexplosion in Amerika.

Berlin, 12. Mai. Wie dem „Berliner Tageblatt" aus Syracuse (New York) gemeldet wird, ereignete sich in den Chemischen Werken der Solvay Compagnie eine verheerende Explosion. Aus bisher noch ungeklärter Ursache flog ein Riesenbehälter mit 40 000 Litern Chlorgas in die Luft. Das Gebäude, in dem sich der Behälter befand, wurde völlig zerstört. 30 Personen erlitten durch das Gas schwere Vergiftungen.

Mißglückter Ueberfall.

Hamburg, 12. Mai. Am Abend gegen 23 Uhr wurde in Wandsbek in der Nähe der Lehmkuhlen am Grünen See von maskierten Räubern ein Ueberfall auf einen Straßenbahnzug versucht. Die Täter hatten eine Bohle auf die Schienen gelegt und gaben beim Herannahen der Straßenbahn einen Schuß auf den Führer ab, der jedoch fehl ging. Der Führer fuhr sofort mit voller Kraft rückwärts und konnte so dem beabsichtigten Ueberfall entgehen. Die Nachforschungen nach den Tätern sind in vollem Gange.

Bärenjagd im nördlichen Taunus.

Katzenelnbogen, 12. Mai. Einer Zirkusgesellschaft, die in dem Einrichort Holzhausen a. d. H. Vorstellungen gab, war ein Bär entlaufen, der die Bewohner der umliegenden Ortschaften in großen Schrecken versetzte. Eine große Volksmenge, Motorradfahrer und Reiter jagten dem Ausreißer nach und erwischten ihn in Rettert in einer Scheune.

Waffenstillstand in China.

London, 12. Mai. Als Ergebnis der Vermittlungsverhandlungen des amerikanischen Konsuls in Tschifu ist ein Waffenstillstand zwischen den Nankingtruppen und den Unterführern Tschangtschungtschangs erreicht worden. Der Waffenstillstand stellt den letzten Abschnitt des Versuches Tschangtschungtschangs dar, sich in Tschifu einen Posten gegen die Nankingregierung zu sichern.

Aufdeckung einer großen kommunistischen Verschwörung in Peking.

Peking, 12. Mai. Die chinesische politische Polizei verhaftete in Peking über 100 Personen, die im dringenden Verdacht stehen, an einer großen kommunistischen Verschwörung beteiligt zu sein. Es soll die Absicht bestanden haben, am 1. Juni einen bewaffneten Aufstand in Szene zu setzen. Der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Peking, Yensischan, sollte ermordet werden, desgleichen soll auch die Tötung mehrerer Mitglieder des Diplomatischen Korps, darunter des englischen und französischen Gesandten, beabsichtigt gewesen sein.

Amtliches.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der in letzter Zeit wiederholt ausgebrochenen Waldbrände weise ich darauf hin, daß es verboten ist, im Wald oder in gefährlicher Nähe des Waldes Feuer anzulegen, Zigarren, Zigaretten oder unverdeckte Tabakpfeifen zu rauchen. Bei heftigem Wind darf im Freien überhaupt kein Feuer angezündet werden. Das Abbrennen von Abraumflächen und Bodendecken ohne polizeiliche Genehmigung ist untersagt.

Zuwiderhandlungen werden gerichtlich verfolgt.

Berleburg, den 10. Mai 1929.

Der Landrat. J. V.: Dr. Schmidt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Regierungs-Polizeiverordnungen vom 20. Mai 1882 (Amtsblatt S. 133) und 26. Juli 1899 (Amtsblatt S. 457) betr. die Vernichtung des Huflattichs, sowie des § 4 der Regierungspolizeiverordnung vom 9. 1. 1883 (Amtsblatt S. 22) betr. die Vertilgung der Herbstzeitlose und der Kreispolizeiverordnung vom 14. Aug. 1914 werden als Zeitpunkt, bis zu welchem die Unkräuter zu vernichten sind, für sämtliche Gemeinden des Kreises folgende Termine festgesetzt:

1. für die Vernichtung der Blüten und Blütenstengel des Huflattichs der 25. Mai 1929,
2. für die Vernichtung der Herbstzeitlose durch Ausziehen nach Maßgabe der wiederholt bekanntgegebenen Anleitung der 25. Mai 1929 und
3. für die Vertilgung des Wiesenkerbels, der Ochsenzunge und des Bärenklau der 1. Juni 1929.

Das völlige Absterben der Huflattichpflanzen wird nur dann erreicht, wenn während des ganzen Jahres die Blätter nach jedesmaligem Hervortreten mit einer Sense abgemäht oder — was noch besser ist — mit einem stumpfen Geräte abgehauen werden. Die Blüten und jungen Blätter des Huflattichs bilden geschnitten und gekocht ein vorzügliches Mastfutter für die Schweine.

Die Herren Bürgermeister, Amtmänner, Gemeindevorsteher, Wiesenvorsteher und Schöffen ersuche ich, die genaue Beachtung der vorgenannten Polizeiverordnungen zu überwachen.

Berleburg, den 10. Mai 1929.

Der Landrat. J. V.: Dr. Schmidt.

Bekanntmachung.

Die trigonometrischen Punkte der Landesaufnahme bilden die Grundlage der allgemeinen Landesvermessung; ihre Erhaltung ist daher von besonderem öffentlichen Interesse. Zur Sicherung des den trigonometrischen Punkt kennzeichnenden Marksteins ist seitens des Staates eine kreisförmige Bodenfläche von zwei Quadratmeter Flächeninhalt, deren Umfangslinie nach allen Richtungen hin 79 Zentimeter vom Mittelpunkte des Marksteins entfernt ist, erworben worden. Bei der Beackerung usw. des angrenzenden, im Eigentum des betreffenden Grundeigentümers befindlichen Bodens darf die Umfangslinie dieser kreisförmigen Bodenfläche vom Pfluge nicht berührt werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach § 370 (R.Str.G.B.) mit Geldstrafe bis zu 150,— RM. bestraft. Die Beschädigung, Verrückung und Entfernung der Marksteine und der etwa darüber befindlichen Holzgerüste fällt unter § 304 R.Str.G.B. und wird mit Geldstrafe bis zu 1500 RM. oder mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft, außerdem trifft den Schuldigen die volle Ersatzpflicht des angerichteten Schadens. Die Orts- und Polizeibehörde, sowie das Feld- und Forstschutzpersonal sind angewiesen, die Marksteine und deren Schutzflächen zu überwachen und etwaige Zuwiderhandlungen gegen die obigen Bestimmungen sofort zur Anzeige zu bringen. Die Herren Lehrer werden ersucht, die Schulkinder auf die Bedeutung der Marksteine und auf die Folgen einer Beschädigung derselben hinzuweisen.

Berleburg, den 10. Mai 1929.

Der Landrat. J. V.: Dr. Schmidt.



Heute nacht erlöste Gott meine liebe Frau, unsere treue Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Justine Afflerbach

geb. Weyand

im 75. Lebensjahre von einem langen, schweren, mit großer Geduld und stiller Ergebung ertragenen Leiden.

Schameder, Erndtebrück und Helberhausen, den 11. Mai 1929.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie W. Afflerbach.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. Mai, nachmittags 3¼ Uhr statt.

Billige Strumpf-Woche

Zu jedem Kleid gehört ein eleganter Strumpf. Bei unserer reichhaltigen Auswahl finden Sie ohne Mühe das für Sie Passende zu billigsten Preisen.

Nachfolgend ein paar Beispiele:

Baumwolle, gute Strapazier-Qualität 0.95, **0.75**
Macco, echt ägyptisch, beste Qualitäten, in allen Farben . . . 1.75, 1.50, **1.25**
Seidenflor, vorzügliche, feine Qualität 2.25, 1.95, 1.50, **0.95**
Waschseide, elegant, hervorragend schön, bestbewährt . . . 3.20, 2.90, 2.75, **1.50**
Bemberg, alle Farben 3.90, 3.50, 3.20, **2.75**
Unser **Spezial-Strumpf 4544** unerreicht, haltbar und schön **4.50**

Kinderstrümpfe in allen Größen und Preisen.

Herrensocken in großer Auswahl.

Jac. Ludw. Hammer jr., Laasphe

Tel. 55 — Gegr. 1832

Laaspher Schützen-Verein

1849 — 1929

Außerordentliche Generalversammlung

findet am **15. d. Mts.** im Bosch'schen Saale statt.

Tagesordnung:
Vorstandswahlen.

Der Wichtigkeit wegen ist vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erforderlich.

Der Vorstand.

Fichten-Pflanzen

vierjährige, verschulte, selbst gezüchtet, kräftig und reich bewurzelt, hat abzugeben

Heinrich Hecker sen., Neus Heinsberg i. W. (Sauerland).

Suche zum Anfang Juni ein fleißiges

Mädchen

für alle Hausarbeit, nicht unter 20 Jahren.

Café Schauerte,
Berleburg.

Fensterglas

nach Angabe geschnitten,
Fensterkitt,
(auch fertiges Einsetzen der Scheiben) liefert

K. Kämmereit,
Laasphe.

Wohnhaus

in Dreis-Tiefenbach, enthaltend 8 Zimmer, Küche und Laden, an Hauptverkehrsstraße gelegen, vollständig freiwerdend, zu verkaufen.

Verwalter
A. Stähler, Weidenau.

Bekanntmachung.

Die **Verpachtung der Wirtschaft** zu unserm diesjährigen Jubiläums-Sängerfest findet am **Sonnabend, den 18. ds. Mts., abends 8 Uhr,** im Vereinslokal beim Wirt Roth hierselbst statt. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Banfe, den 13. Mai 1929.

Männergesangverein Banfe.
Der Vorstand.

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 14. Mai. 6.30: Morgengymnastik. Anschließend: Wetterbericht und Zeitangabe. 13.30: Schallplattenkonzert: Buntes Programm. 15.05—15.35: Stunde der Jugend. 15.55 bis 16.05: Hausfrauendienst. 16.35—18.05: Von Stuttgart: Konzert des Rundfunkorchesters. 18.10—18.30: Lesestunde. 18.30—18.40: Von Kassel: Zehn Minuten Ratschläge für den Gartenfreund. 18.40—19.00: Von Kassel: Vortrag. 19—19.20: Funkhochschule. 19.20—19.40: Französischer Unterricht. 19.40 bis 20.00: Stenographischer Fortbildungskursus für Anfänger und Fortgeschrittene. 20.00: Vom großen Saal des Saalbaues (nach Stuttgart): Liederabend Giovanni Manuritta, Tenor der Mailänder Scala. Anschließend: Neue Cello-Sonaten. Werke von Mario Castelnuovo-Tedesco, Ernst Toch und Alfredo Casella.

Die Briefe der Prinzessin.

91] Erzählung von E. Ph. Oppenheim.

„Das Kind braucht auch eine Erholung," sagte die Gräfin plötzlich. „So gut wie Sie, Frau Longtree. Sie müssen unbedingt ein paar Wochen aus der Stadt heraus, irgendwo aufs Land."

Die Frau lächelte schwach.

„Wie sollte ich das möglich machen?" sagte sie resigniert. „Freilich, meine kleine Ellis könnte es wohl brauchen. Aber meine Mittel sind zu Ende."

„So werde ich mir erlauben, Ihnen ein wenig auszuhelfen," sagte die Gräfin ruhig. „Nein, sträuben Sie sich nicht, Frau Longtree. Denken Sie an Ihr Kind, und tun Sie um seinetwillen, was Sie sonst vielleicht nicht tun würden. Aber wir reden ein andermal mehr darüber, morgen vielleicht, oder in den nächsten Tagen. Jetzt muß ich Sie leider verlassen."

Die Gräfin wollte verhindern, daß Frau Longtree noch irgendwelche Fragen an sie stellte, und die Bedauernswerte schien sie wirklich nur schweren Herzens gehen zu lassen. Aber die Gräfin hatte doch das Gefühl, daß sie etwas ruhiger durch diese Unterredung geworden sei.

Von dem in der Nähe herumlungernden Kellner ließ sie sich in das Zimmer führen, das Hollfelden sich hatte anweisen lassen. Der junge Schriftsteller erhob sich erwartungsvoll, als sie eintrat; und die Tür hatte sich kaum hinter ihr geschlossen, als sie ihm zuflüsterte:

„Jetzt glaube ich Otto Martens Mörder zu kennen, Herr Hollfelden!"

41. Kapitel.

Fast Wort für Wort hatte die Gräfin Heinz wiederholt, was sie von der unglücklichen Frau des toten Erpressers gehört hatte. Und nun sagte Heinz tiefernst:

„Ja, auch ich glaube nun zu wissen, wo wir den Mörder zu suchen haben, Fräu Gräfin! Den Mörder — oder den Richter."

Die Komtesse nickte.

„Ich verabscheue die furchtbare Tat noch immer," sagte sie. „Aber ich habe tiefes Mitleid mit dem Täter, wenn der, den wir beide meinen, wirklich der Täter sein sollte. Aber was ist das?"

Erregte, offenbar zornige Stimmen wurden draußen auf dem Flur laut. Und Heinz unterschied deutlich die von einer fettigen, unangenehmen Stimme gesprochenen Worte:

„Er muß hinaus — da jiebt's jar nischt. Ick habe keen Krankenhaus, sondern 'n Hotel. Und ick will mir —"

Hollfelden hatte schon die Zimmertür geöffnet. Vor ihm stand ein dicker Mensch in unordentlichem, schäbigen Anzug, in dem er wohl den Wirt dieses erstklassigen Hotels zu sehen hatte, und der augenblicklich mit dem Kellner und dem Stubenmädchen parlierte.

„Was ist geschehen?" fragte Heinz. „Ist jemand erkrankt?"

Sein energischer, befehlender Ton verfehlte seine Wirkung nicht. Der Wirt nahm unwillkürlich eine bescheidene Haltung an.

„Wenn Sie vielleicht ein Arzt sind, Herr — ja, es is jemand krank jeworden. 'N Blutsturz, Herr — der janze Teppich is ruiniert. Kost fufzig Märker."

Heinz fühlte sich von Ekel vor diese Patron geschüttelt. Aber mit einer Gewißheit, wie wenn es ihm bereits mitgeteilt worden wäre, sagte er:

„Es ist Herr Robert Dashwood, der erkrankt ist, nicht wahr?"

„Allerdings. Da drüben, Zimmer Nummer neunzehn. Wenn Sie mal rinjehen wollen —"

„Jawohl, ich werde hineingehen. Aber ich bin kein Arzt, und Sie werden einen solchen sofort zur Stelle schaffen. Für alle Kosten komme ich auf."

Der Wirt hatte nun vielleicht doch eine freche Bemerkung auf der Zunge. Aber der Kellner gab ihm einen Wink und zog ihn bei Seite, um ihm irgend etwas zuzuflüstern.

Heinz bekümmerte sich nicht mehr um die Leute. Rasch ging er in das bezeichnete Zimmer hinüber, ohne vorher anzuklopfen.

Da lag Robert Dashwood auf den Kissen des Lagers, und ein einziger Blick sagte Heinz, daß er es mit einem Sterbenden zu tun hatte. Der Engländer aber raffte bei seinem Anblick noch einmal alle Kraft zusammen, die seinem hinfälligen Körper noch innewohnte. Mit wilder Energie richtete er sich auf, und mit höherer Stimme schrie er ihn an:

„Was wollen Sie von mir? Gehen Sie, gehen Sie auf der Stelle! Oder ich — ich schrei' um Hilfe. Ich will Sie nicht sehen, gehen Sie!"

Heinz aber schloß hinter sich die Tür. Und voll milder Ruhe sagte er:

„Ich bin nicht gekommen, um Ihnen Schaden zu tun. Als Mensch zum Menschen komme ich. Und ich denke, Sie werden niemanden hinausweisen, der es aufrichtig gut mit Ihnen meint."

Robert Dashwood machte eine heftig abwehrende Bewegung.

„Ich glaube Ihnen nicht!" keuchte er. „Sie sind gekommen, um mich auszuspionieren. Aber ich weiß nichts — und ich werde Ihnen nichts sagen."

Er machte ganz den Eindruck eines Menschen, der seiner Sinne nicht mehr mächtig ist. Und Heinz krampfte sich das Herz zusammen in wahnsinniger Angst. Nicht den kleinsten Zweifel hegte er mehr, Otto Martens' Mörder gegenüberzustehen, aber wenn es ihm nicht gelang, den Mann jetzt zum Reden zu bringen, war trotzdem alles verloren. Und jede Sekunde war kostbar, unersetzlich.

Da faßte er einen raschen Entschluß.

„Robert Dashwood," sagte er, „ich weiß, daß Ihr Herz edel und gut ist. Und eben weil Ihre Gesinnung so ehrenhaft war, haben Sie etwas getan, was die Menschen hier auf Erden verurteilen, das aber vor einem höheren Richterstuhl vielleicht anders gewertet werden wird. Diese Tat aber hat furchtbare Folgen gehabt, Folgen, von denen Sie selbst nichts ahnen können. Drei, vier Menschenleben sind im Begriff, daran zugrunde zu gehen. Wollen Sie das auf Ihr Gewissen nehmen in dieser Stunde?"

Die Augen des Sterbenden öffneten sich weit. Und in seinem Blick lag furchtbares Entsetzen.

„Es ist nicht wahr!" stammelte er. „Schwören Sie mir bei Ihrer Seligkeit, bei allem, was Ihnen heilig ist, daß es wahr ist!"

„Ich schwöre!"

Da sank der Unglückliche auf die Kissen zurück. Röchelnd und pfeifend ging sein Atem, und die Lider über den eingesunkenen Augen schlossen sich.

Voll tödlicher Angst trat Heinz an sein Lager und ergriff seine glühend heiße Rechte. Noch aber waren die letzten Augenblicke des Engländers nicht gekommen. Und als er jetzt die Augen wieder öffnete, war Hollfelden erstaunt von der Klarheit seines Blickes.

„Ich werde sterben," sagte er, und seine Worte waren gegen seine vorherige wahnsinnige Erregung wundersam ruhig. „Ich weiß, daß ich sterben werde. Und ich will reden vorher, alles will ich sagen. Ich habe geschwiegen bisher, weil ich glaubte, daß meine Tat niemandem Schaden gebracht habe. Hätte ich gewußt, daß es anders sei, nicht eine Sekunde länger hätte ich geschwiegen. Aber sagen Sie mir, Herr, wer Sie sind."

„Hollfelden — Heinz Hollfelden heiße ich!" sagte Heinz hastig. „Sie haben meinen Namen vielleicht schon gehört oder gelesen, ich bin es, der Martens gefunden hat."

(Forts. folgt.)